Im Wert von 35 Milliarden Schweizer Franken

Die Arbeit von Freiwilligen ist unendlich kostbar und hat in der Schweiz Tradition. Gesellschaftliches Engagement ist hierzulande eine Selbstverständlichkeit, doch dessen Form und Ausgestaltung verändern sich immer wieder.

Text MARKUS FREITAG

Mit ihrem freiwilligen Engagement investieren Bürgerinnen und Bürger aus freien Stücken und weitgehend unbezahlt Zeit, Geld und Energie, um Dinge in Bewegung zu bringen, sich für andere Menschen und Organisationen einzusetzen und einen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten. Dabei erstreckt sich das Spektrum möglicher Formen von Freiwilligentätigkeit vom Engagement in Sport-, Hobbyund Freizeitvereinen, unentgeltlicher Arbeit im sozialen, gesundheitlichen oder kulturellen Bereich über die freiwillige Übernahme politischer Ämter bis hin zur gegenseitigen Hilfe unter Nachbarn. Diese Vielfalt an Tätigkeiten macht deutlich, dass freiwilliges Engagement aus der Gesellschaft nur schwerlich wegzudenken wäre, ohne gleichzeitig einen schmerzlichen Verlust an Formenreichtum und vor allem an Qualität des öffentlichen Lebens in Kauf zu nehmen. Es ist zweifellos ein kostbares und unbezahlbares Gut der Zivilgesellschaft, das weite Teile des öffentlichen Lebens überhaupt erst ermöglicht - und Letzteres in vielerlei Hinsicht erst richtig lebenswert macht. Entsprechend wird freiwilliges Engagement auch oft als «sozialer Kitt» bezeichnet, der die Gesellschaft zusammenhält.

Wo engagiert man sich? Je nach Quelle und Erhebungsart sind zwischen einem Viertel und einem Drittel der Schweizer Wohnbevölkerung innerhalb von Vereins- und Organisationsstrukturen freiwillig engagiert. Rund zwölf Prozent sind nach den Erhebungen des Freiwilligen-Monitors 2020 ehrenamtlich freiwillig tätig. Diese Personen wurden in ihrer Organisation in ein Amt gewählt, weshalb ihr Engagement typischerweise durch einen höheren Verpflichtungsgrad gekennzeichnet ist. Die Rate informell Freiwilliger ausserhalb dieser institutionalisierten Organisationsstrukturen ist noch höher. So waren im Jahr 2019 circa 35 Prozent der Schweizer Wohnbevölkerung über 15 Jahren informell, also ausserhalb von Vereinen und Organisationen, freiwillig tätig. 28 Prozent der Bevölkerung leisten unbezahlte Care-Arbeit und 33 Prozent gehen im Rahmen ihres Engagements anderen Menschen zur Hand und üben sich in der Mithilfe an Anlässen und gemeinnützigen Projekten. Etwas weiter zurückliegende Hochrechnungen des Freiwilligen-Monitors lassen für das

Jahr 2014 erkennen, dass von über fünfzehn Jahre alten Schweizerinnen und Schweizer rund 700 Millionen Stunden an unbezahlten Tätigkeiten geleistet wurden. Legt man pro Stunde fünfzig Franken als Honorar zugrunde, beläuft sich die geleistete Freiwilligenarbeit auf einen monetären Wert von gut 35 Milliarden Schweizer Franken. Oder anders ausgedrückt: 5,5 Prozent des gesamten Bruttoinlandsprodukts, was in etwa den Investitionen der öffentlichen Hand in das Bildungswesen entspricht. Das sichert der Schweiz im internationalen Vergleich denn auch eine Spitzenposition im Bereich des freiwilligen Engagements. Europaweit engagieren sich nur noch Bewohner Norwegens und der Niederlande stärker freiwillig in Vereinen und Organisationen.

Warum engagiert man sich? Erklärungsansätze für das ausgeprägte zivile Engagement der Schweizerinnen und Schweizer finden sich in der hiesigen Kultur und den spezifischen gesellschaftlichen und politischen Traditionen. So ist etwa das vor allem im deutschsprachigen Teil der Schweiz stark ausgeprägte Subsidiaritätsprinzip – die Vorstellung, dass kollektive Probleme möglichst auf derjenigen gesellschaftlichen Ebene gelöst werden sollen, auf der sie auch anfallen (und der Staat erst eingreift, wenn gesellschaftliche Kräfte versagen) – ein kultureller Grundpfeiler der Selbstorganisation zivilgesellschaftlicher Gruppen und nicht staatlicher Problemlösung durch Freiwilligentätigkeit. Seinen politisch-institutionellen Ausdruck findet dieses Prinzip auch im Schweizer Föderalismus, der die Entwicklung von freiwilligen Organisationen und Interessenvereinigungen auf allen Ebenen des politischen Systems - national, kantonal und lokal – fördert. Auch stellen spezifisch schweizerische Institutionen (etwa das praktizierte Milizsystem oder direktdemokratische Verfahren im Rahmen der Schweizer Politik) hohe Anforderungen an die Partizipationsbereitschaft und Gemeinwohlorientierung der Bürgerinnen und Bürger. Auf diese Weise ist die Schweizer Bevölkerung quasi «natürlicherweise» an die aktive öffentliche Teilhabe oder die Übernahme von Ämtern gewöhnt – und für den Dienst am Gemeinwohl geschult.

Beim freiwilligen Engagement handelt es sich also nicht bloss um eine flüchtige Modeerscheinung, auch nicht um eine spezifisch schweizerische. Bereits in den Stadtgesellschaften der griechischen Antike wurde dem männlichen Bürger zugetragen, sich für das Gemeinwesen und dessen Wohl zu engagieren und in den einberufenen Versammlungen über die Belange der Stadt zu diskutieren: «Wer an den Dingen der Stadt keinen Anteil nimmt, ist kein stiller, sondern ein schlechter Bürger», urteilte deshalb der Athener Perikles etwa 500 vor Christus. Eine Person, die solchen Versammlungen fernblieb und sich dem öffentlichen Leben des Gemeinwesens generell verweigerte, bezeichnete man als *idiótes*, sprich: Privatmensch.

Drei grosse Trends Das auch nach 2500 Jahren ungebrochene Interesse am freiwilligen Engagement ist vornehmlich den tiefgreifenden politischen, sozialen und ökonomischen Wandlungsprozessen sowie den damit verbundenen Herausforderungen vergangener wie gegenwärtiger Gesellschaften geschuldet. Was verstehen wir darunter? Gegenwärtig sind drei grosse Trends abseh- bzw. bereits sichtbar: Individualisierung, Wertewandel und Globalisierung führen die zentralen Institutionen von Staat, Demokratie und Markt zunehmend an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit und Belastbarkeit und fordern die Notwendigkeit neuer Problemlösungs- und Bewältigungsstrategien ein. Vor diesem Hintergrund richten sich die Hoffnungen und Erwartungen vermehrt an die Bereitschaft und die Fähigkeit der Bürgerinnen und Bürger, selbst tätig zu werden und sich den anstehenden Herausforderungen gemeinsam zu stellen. Dabei wird die Rolle des zivilgesellschaftlichen Engagements zur Deckung wohlfahrtsstaatlicher Versorgungslücken ebenso diskutiert wie auf die Rolle von Freiwilligenorganisationen bei der Überwindung demokratischer Legitimationsdefizite hingewiesen. Vereine und Freiwilligenorganisationen gelten als wichtige «Schulen der Demokratie», die Tugenden wie Solidarität, Kompromissbereitschaft und Toleranz, aber auch bürgerliche Fähigkeiten (wie den Einsatz für das Gemeinwohl bei ihren Mitgliedern) fördern und einüben. Letzteres scheint gerade für die Milizdemokratie der Schweiz

von wesentlicher Bedeutung, gilt doch die unbezahlte und freiwillige Übernahme politischer Ämter und Mandate als bedeutendes Element des öffentlichen Lebens.

Allerdings: Freiwilligen- und Milizarbeit sind nicht identisch. Letztere kann beispielsweise verpflichtend sein und wird beim einsetzenden Amtszwang eben nicht freiwillig ausgeführt. Ferner regelt mitunter der Parteienproporz und die Staatsbürgerschaft den Zugang zur politischen Gremienarbeit. Schliesslich ist die Miliztätigkeit von (noch) grösseren örtlichen und zeitlichen Abhängigkeiten geprägt als die Freiwilligenarbeit und die Berechtigung zur Ausübung der politischen Tätigkeit unterliegt stärker vielfältigen Normierungsund Wahlverfahren.

Wer engagiert sich? Im Allgemeinen ist ein freiwilliges Engagement in der Schweiz eher bei Hochgebildeten, im mittleren Alterssegment, bei Personen mit schulpflichtigen Kindern, in der Deutschschweiz und auf dem Land üblich. Eine Einbindung im Familien- und Freundeskreis oder im beruflichen Umfeld macht diesen unbezahlten Dienst überdies wahrscheinlicher. Zu bemerken ist auch, dass Freiwilligenarbeit eher von aktiven, geselligen und freundlichen Menschen mit hoher Belastbarkeit und Stressresistenz geleistet wird. Die persönlichen Beweggründe für freiwilliges Engagement bestehen häufig aus einer Mischung von altruistischen und stärker selbstbezogenen Beweggründen: Während bei der unbezahlten Tätigkeit in Vereinen und Organisationen dem selbstbezogenen Aspekt der Weiterentwicklung und der Freude an gemeinsam erbrachten Leistungen ein hoher Stellenwert zukommt, ist das informell freiwillige Engagement ausserhalb solcher Organisationsstrukturen (in der Nachbarschaft oder im Freundes- und Kollegenkreis) vom persönlichen Hilfecharakter sowie der Pflege sozialer Beziehungen geprägt. Generell sehen die Freiwilligen in finanziellen Anreizen - entgegen einer stärker werdenden landläufigen Annahme - keine Schlüsselgrösse einer möglichen Mobilisierung. Wichtiger scheint ihnen die Anerkennung der geleisteten Arbeit, sei es vonseiten der Organisationen oder auch durch den Staat und die Öffentlichkeit.

Die Verteilung In der Schweiz existiert eine Vielzahl von Vereinen und Organisationen, in denen die Zivilgesellschaft ihr institutionalisiertes Miteinander pflegen kann. Mit 36 Prozent der Wohnbevölkerung zählen Sportvereine im Jahr 2019 klar die meisten Mitglieder. An zweiter Stelle folgen kulturelle Vereine, Spiel-, Hobby- und Freizeitvereine, kirchliche Organisationen und Interessenverbände (alle zwischen 21 und 23 Prozent). Betrachtet man lediglich jene Mitglieder, die tatsächlich aktiv am Vereinsleben teilnehmen, beteiligt sich die Wohnbevölkerung am häufigsten in Sportvereinen (28 Prozent). gefolgt von Spiel-, Hobby- und Freizeitvereinen (19 Prozent) sowie kulturellen Vereinen (17 Prozent). Auch Freiwilligenarbeit als unbezahlte Tätigkeit in Vereinsstrukturen wird besonders oft in Sportvereinen ausgeführt (13 Prozent), am zweithäufigsten in kulturellen Vereinen (10 Prozent). Das gleiche Muster zeigt sich bei der Ausübung eines Ehrenamts, in das man gewählt wird: Ein solch verpflichtendes Engagement wird am ehesten in einem Sportverein (4 Prozent) oder einem kulturellen Verein (3 Prozent) übernommen.

Neben realweltlicher Freiwilligkeit eröffnet das Internet zunehmend zahlreiche Opportunitäten von Onlineaktivitäten, bei denen ohne eine unmittelbare monetäre Gegenleistung zu erhalten – Zeit oder Geld aufgewendet wird, um einer anderen Person, einer Gruppe oder Organisation zu nützen. Gemäss den jüngsten Zahlen des Freiwilligen-Monitors 2020 engagieren sich rund 13 Prozent der Schweizer Wohnbevölkerung auf mindestens eine Art online freiwillig. Freiwilligkeit im Internet ist damit ein relevantes Phänomen, dem in der Schweiz eine wachsende gesellschaftliche Bedeutung zukommt. 32 Prozent aller Internetfreiwilligen bewirtschaften unbezahlt die Homepage eines Vereines oder einer Organisation. 21 Prozent verbreiten Informationen gemeinnütziger Organisationen oder geben an, Online-Gruppierungen zu gründen und zu moderieren. Zweck und Ziel solcher digitaler Gruppen sind so vielfältig wie bei realweltlichen Zusammenschlüssen in Vereinen oder Organisationen: sie reichen vom primären sozialen Austausch über das Treffen von Gleichgesinnten bis hin zur Bereitstellung von Informationen, Material, Dienstleistungen oder Infrastruktur. 19 Prozent geben an, bereits einmal einen informativen Forenbeitrag oder Blog verfasst zu haben. 18 Prozent haben bereits einmal eine Beratung oder Expertise über das Internet angeboten oder ein Informationsdokument verfasst, das online verbreitet wurde.

Neben diesem heiteren Bild der Zivilgesellschaft lassen sich in diachroner Perspektive durchaus auch ernsthafte Anzeichen eines Niedergangs der Schweizer Zivilgesellschaft erkennen: Während Mitte der 1970er-Jahre noch ungefähr 96 Prozent der Befragten angaben, in einem Verein Mitglied zu sein, bekennen sich heute nur noch zwischen 60 und 70 Prozent dazu. Darüber hinaus lässt sich über alle Vereinsarten hinweg eine Untervertretung jüngerer Generationen nachweisen: Bestand in den 1970ern unter allen Vereinsmitgliedern noch rund die Hälfte aus den Reihen der 20- bis 39-Jährigen, hat sich der Anteil dieser Alterskohorte heute halbiert. Diese Zahlen können als ein alarmierendes Signal hinsichtlich künftiger Entwicklungen im Vereinssektor gedeutet werden, denn: «Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.»

Zudem verrät ein Blick auf die Entwicklung der freiwilligen Arbeit, dass sich das Reservoir an freiwillig Tätigen in Vereinen seit Ende der 1990er-Jahre tendenziell eher verkleinert. Nach Tätigkeitsbereichen differenzierte Zahlen der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) legen offen, dass dieser Schwund insbesondere und mit grosser Wucht die Milizdemokratie erfasst. Von allen Bereichen der institutionalisierten Freiwilligkeit sind die Rückgänge in den politischen Tätigkeiten und den Führungsaufgaben am stärksten ausgeprägt. Das landauf, landab hörbare Wehklagen über die abnehmende Bereitschaft zur Übernahme politischer Ämter spiegelt sich in den Umfragedaten zweifelsfrei wider. Zusammenfassend lässt sich sagen: Es findet sich zunehmend Sand im zivilgesellschaftlichen Getriebe der Schweiz, der «soziale Kitt» droht an einigen Stellen porös zu werden. Risse tun sich vor allem dort auf, wo das spassige Miteinander auch soziale Verpflichtungen und gemeinwohlorientierte Verbindlichkeiten einfordert. Das beste Beispiel ist das darbende Milizwesen.

Ausblick Was also tun, um dem schrumpfenden zivilgesellschaftlichen Engagement entgegenzutreten? In diesem Zuge ist abschliessend auf drei Stimulanzen hinzuweisen, die verschiedene Bausteine der Zivilgesellschaft stärken können: die Bildungspolitik, das Agieren der Elite sowie die direkte Demokratie.

1. Bildung

Wir wissen zunächst aus zahlreichen Forschungen, dass vor allem der Bildungsstand einer Person von eminenter Bedeutung ist, wenn es um das Engagement für Vereine und das Gemeinwesen geht. Bildung fördert allgemein das Bewusstsein für die gesellschaftliche und persönliche Bedeutung des öffentlichen Engagements. Darüber hinaus werden nicht selten insbesondere Hochgebildete von ihrem Umfeld auch zur Übernahme von Leitungsfunktionen innerhalb dieser Strukturen angefragt. Mit anderen Worten: Will man die Zivilgesellschaft nachhaltig stärken, bedarf es keines Nachlassens in der Bildungspolitik. Humankapital fördert Sozialkapital und benötigt besondere Pflege vonseiten der politischen Entscheidungsträger auf jeder Ebene (von vorschulischen Einrichtungen über Überlegungen zur Tagesschule bis hin zur universitären Ausbildung). Die Förderung von Lehrplaneinheiten zur politischen Bildung auf allen Stufen kann zudem weiterhelfen, das Interesse am Gemeinwesen anzuregen und den Wert der Demokratie an sich zu vermitteln. Was den Befürwortern einer leistungsstarken Schweiz in einer globalisierten Welt mit Frühenglisch recht ist, darf den Anhängern der Schweizer Demokratie und ihres Milizwesens mit der frühen Vermittlung politischer Tugenden und Grundeinsichten nicht billig sein.

2. Elite

Die nächste Weichenstellung betrifft die Elite des Landes und deren Verantwortungs- und Vorbildfunktion. Dies in zweierlei Hinsicht: Zum einen gilt die unbezahlte und freiwillige Übernahme politischer Ämter und Mandate in der Schweiz unbestritten als wichtiges Element eines Milizsystems, das das öffentliche Leben der Schweiz strukturiert. Allerdings krankt dieses System zunehmend an fehlenden Akteuren. Mitunter wird deshalb von der Elite des Landes ein stärkeres Engagement im Milizsystem statt auf dem Golfplatz gefordert, nicht zuletzt um die Kompetenz der Wirtschaftskapitäne für das Schweizer Gemeinwohl zu nutzen. Nebenbei schafft die Übernahme sozialer Verantwortung eine wichtige Voraussetzung einer

nötigen Bodenhaftung der Elite. Zum anderen sollten die politischen Entscheidungsträger den drohenden möglichen und teilweise herbeigesehnten Abschied von der Konsenskultur vertagen. Unsere Untersuchungen zeigen, dass, je konsensorientierter sich das politische Umfeld zeigt, desto eher sieht der Bürger ein, dass «jemandem zu helfen die beste Methode ist, um sicherzustellen, dass man in Zukunft selbst Hilfe bekommt». Konsenskulturen schaffen ein Umfeld der Erwartungssicherheit, das dem Bürger die Gewissheit gibt, dass auf eigenes Tun zu einem späteren Zeitpunkt auch der Dank folgt. Dies lässt im Umkehrschluss aber auch erahnen, dass ständig polarisierende politische Eliten die gesellschaftlich bislang stark verankerten Normen der Gegenseitigkeit zunehmend aushöhlen.

3. Direkte Demokratie

Sofern schliesslich die politischen Rahmenbedingungen Anreize zur Teilhabe am politischen Prozess bieten, werden die Individuen eines Gemeinwesens ihre Interessen in Vereinen und Vereinigungen bündeln, um ihre Ansprüche besser durchsetzen zu können. Die direkte Demokratie bietet eine zentrale Stellschraube zur Förderung der Zivilgesellschaft: Direktdemokratische Mitspracherechte schaffen für den Einzelnen wie für soziale Gruppen Zugänge zu politischen Entscheidungsprozessen. Weil die Durchsetzung politischer Ziele mit

der Bündelung einzelner Interessen wahrscheinlicher wird, sollten Individuen in direktdemokratischen Gemeinwesen eher an zivilgesellschaftlichen Vereinigungen teilhaben als in Kontexten mit nur eingeschränkten Möglichkeiten der Volksmitsprache. Damit manifestieren sich in den Volksrechten günstige Gelegenheitsstrukturen zivilgesellschaftlichen Engagements, da sie die Möglichkeit der persönlichen wie kollektiven Zielerreichung erhöhen und darüber hinaus die Deliberation und Kommunikation zwischen den Bürgern begünstigen. Eine Perspektive, die die immer wieder aufkommenden Diskussionen um den grundsätzlichen Wert der direkten Demokratie und ihre Zugangsbarrieren um neue Argumente und Sichtweisen bereichern könnte, denn: «Wer die Volksrechte beschneidet, der sägt am Ast der Zivilgesellschaft.»

Markus Freitag, 1968 in Waldshut-Tiengen geboren, hat Politikwissenschaft, Volkswirtschaftslehre und Germanistik in Heidelberg studiert und an der Universität Bern promoviert. Ab 2005 lehrte er Vergleichende Politik an der Universität Konstanz, und seit 2011 ist Freitag Ordinarius und Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bern.





Das Freiwilligen-Netzwerk für mehr Nachhaltigkeit

